



## *Appell an die Politik zum Weiterbildungstag 2010*

### *Gute Weiterbildung braucht gute Arbeitsbedingungen*

Die Weiterbildung zu fördern und ausweiten, ihre Qualität zu steigern, ist erklärtes Ziel der Bundesregierung, so auch die Botschaft zum nationalen Weiterbildungstag am 24. September 2010. Alle sagen es: Der Ausbau des lebensbegleitenden Lernens in der heutigen Wissensgesellschaft ist nicht nur vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der demographischen Entwicklung ein Muss. Auch für das soziale Leben, demokratische Beteiligung und die Verwirklichung von Integration ist Weiterbildung unverzichtbar. Die Glaubwürdigkeit der Politik steht auf dem Spiel, wenn bei Weiterbildung wieder Milliarden eingespart werden sollen. Um Weiterbildung wie andere Bildungsbereiche in staatlicher Verantwortung zu steuern, ist erforderlich:

### *Weiterbildung in staatlicher Verantwortung ausweiten*

- Ein öffentlich gefördertes und finanziertes Weiterbildungsangebot für alle Bürger – und nicht nur für die zahlungskräftigen – braucht verlässliche, dauerhafte Angebote und gut ausgebildetes Personal, dessen Ausbildung und Leistung auch entsprechend gewürdigt und bezahlt werden muss.
- Pädagogische Arbeit in der Weiterbildung braucht gute Rahmenbedingungen um erfolgreich zu sein. Im Widerspruch dazu steht die prekäre Beschäftigung der Mehrheit der WeiterbildnerInnen. Der Skandal: Einkommen am Rande des Existenzminimums trotz höchster Qualifikationsansprüche, keine soziale Absicherung durch die Auftraggeber, keine Bezahlung bei Krankheit und im Urlaub, keine Mitbestimmung, häufig mehrere Jobs nebeneinander, befristete Arbeitsverträge, kurzzeitige Honorarverträge, ein erbarmungsloser Gesundheitsverschleiß. Eine schreiende Ungerechtigkeit im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen!

- Staatliche Verantwortung für geregelte Strukturen in der Weiterbildung und gute Beschäftigungsbedingungen erfordern eine entschiedene Abkehr von Leitgedanken wie „Weiterbildung regelt sich über den Markt“ und „Weiterbildung als Ware“. Die Folgen dieser Marktorientierung sind bekannt: gnadenlose Dumping-Konkurrenz bei den Trägern der Weiterbildung, Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung beim lebensbegleitenden Lernen, Abwertung pädagogischer Tätigkeit.
- Ausbau und Qualität der Weiterbildung müssen finanziell abgesichert sein – auf Bundes- wie auf Länderebene. Im Widerspruch dazu steht ein Bundeshaushalt für 2011, in dem das Finanzvolumen für aktive Arbeitsmarktpolitik schon im Jahr 2010 über 1,3 Milliarden reduziert wird. Bis 2013 summieren sich die geplanten Kürzungen auf über 5 Mrd. Euro. Das wird auch die von der BA finanzierte Weiterbildung betreffen. Verhindert werden muss, dass die öffentlich finanzierte Weiterbildung noch tiefer in die Krise hineingetrieben wird, mit negativen Folgen – quantitativ und qualitativ – für Beschäftigung.

### *Die GEW fordert für die Beschäftigten:*

- Sofortige und nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung. Statt extremer Ausbeutung eine angemessene Bezahlung, soziale Absicherung und sichere Beschäftigung der Weiterbildner. Der vorliegende Branchen-Tarifvertrag muss als unterste Auffanglinie (Mindestlohn) seitens der Regierung für allgemeinverbindlich erklärt werden.
- Ausweitung statt Streichungen in der Finanzierung der Weiterbildung. Auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfordert ein höheres Finanzvolumen.